

Unser Mann für Dahme-Spreewald



Am 8. Oktober wählen wir in unserem Landkreis Dahme-Spreewald einen neuen Landrat.

Wir unterstützen den überparteilichen Kandidaten Sven Herzberger. Er ist Bürgermeister der Gemeinde Zeuthen und Sprecher aller BürgermeisterInnen in Dahme-Spreewald.

Sven Herzberger: "Bei dieser Wahl geht es um nichts weniger als unseren Landkreis als Lebens- und Arbeitsort, um Wohnraum, Gewerbe, Tourismus. Es geht um Radwege, Straßen und Schienen und es geht natürlich um unsere Kitas und Schulen in Dahme-Spreewald.

Hier soll man geboren werden, eine gute Bildung erfahren und die Möglichkeit haben, zu leben, zu arbeiten und gemeinsam glücklich alt zu werden.



Wir, die Menschen hier, haben großes Potential. Ich will, dass das wieder gesehen und endlich wieder genutzt wird. Das alles können wir gemeinsam erreichen:

• **Bessere Verkehrsanbindung im Süden und Verkehrsentflechtung im Speckgürtel!** Das Rückgrat für eine gute Entwicklung im Landkreis ist die verkehrliche Infrastruktur.

• **Machen wir Ausbildung in Handwerk, Industrie und Handel besser möglich!** Wir brauchen in unserem Landkreis dringend ein Ausbildungscampus für Handwerk, Dienstleistung und Industrie.

• **Weil Bildung die Zukunft entscheidet – Schaffung ausreichender Schulplätze auf weiterführenden Schulen!** Seit Jahren weiß die Kreisverwaltung, dass dringend Schulplätze auf weiterführenden Schulen, insbesondere Oberschulen oder Gesamtschulen benötigt werden.

• **Damit der Landarzt nicht nur im Fernsehen kommt!** Die Sicherung der medizinischen Grundversorgung in allen Ecken unseres Landkreises ist für mich eines der wichtigsten Themen.

• **Die Verwaltung als Dienstleister des Bürgers!** Die Menschen in unserem Landkreis sollen nicht wie Bittsteller behandelt werden, sondern die Verwaltung des Landkreises ist Dienstleisterin am Bürger. Sie berät, nimmt mit und zeigt Lösungen für die Bürger auf.

• **Bezahlbarer Wohnraum – weil Heimat bezahlbar sein muss!** Wir müssen als Landkreis mit den Städten- und Gemeinden über strategische Entwicklung von Wohnraum sprechen und diesen dann auch infrastrukturell an öffentliche Verkehrsmittel gut anbinden.

• **Digitalisierung im gesamten Landkreis schneller voranbringen!** Gute digitale Netze vor Ort ermöglichen gute Arbeitsplätze auch in den

metropolenfernen Orten unseres Landkreises.

• **Ehrenamt fördern ist Ehrensache!** Was wären wir ohne Feuerwehr, Musikorchester, Sportgruppen und all die anderen vielen Vereine, die auch hervorragende Jugendarbeit leisten.

• **Brand- und Katastrophenschutz ein wichtiger Pfeiler der Gemeinschaft!** Der Landkreis hält zur Unterstützung der öffentlichen Feuerwehren der Städte, Gemeinden und Ämter ein Brand- und Katastrophenschutzzentrum (BKZ) in Luckau vor. "



Wer mehr über die Ziele von Sven Herzberger wissen oder sich erfahren möchte, was er alles schon als Bürgermeister von Zeuthen geleistet hat, kann auf die Internetseite www.sven-herzberger.de gehen und sich dort noch mal umfassender informieren.

Wir wünschen Sven Herzberger für die kommende Wahl maximalen Erfolg und freuen uns darauf, ihn als baldigen Landrat in wichtiger Position zu wissen.

Text: Patrick Scharkowski, Sven Herzberger

Auch in dieser Ausgabe haben wir spannende Themen und interessante Entwicklungen für euch aufbereitet.

Der wichtigste Schwerpunkt des 3. Quartals sowie der kommenden Monate ist natürlich der Wahlkampf um die Position des Landrats unseres Landkreises.

Jedoch ist auch darüber hinaus viel passiert. So konnten wir beispielsweise eine Demo in Zeuthen begleiten S. 2, über wichtige Debatten einer neuen Schule berichten S. 3, die neugegründete Linksjugend treffen S. 5 und eine Veranstaltung für den internationalen Weltfriedenstag besuchen S. 6.

Wir wünschen daher viel Vergnügen beim Lesen der hoffentlich spannenden Artikel.



Spenden an DIE LINKE. LDS: Wir nehmen kein Geld von Lobbyist:innen! Aber sehr gerne Deine private Spende.

IBAN: DE78 1605 0000 3661 0315 45

BIC: WELADED1PMB

Bitte gib uns unbedingt Deinen Namen und Deine Adresse an, da das Parteiengesetz verbietet, anonyme Spenden anzunehmen.

Auf Wunsch stellen wir gerne eine Spendenbescheinigung aus.

Wir bedanken uns schon mal im Voraus für Eure Unterstützung.

Mit solidarischen Grüßen

DIE LINKE. LDS



Statement der BO-Zeuthen zum Baustellenchaos der Deutschen-Bahn



dergutmachung in um Bauvorhaben "auf der grünen Gestalt von Leistungen bei der Gestaltung des Bahnhofsumfeldes bzw., was noch notwendiger wäre, einer Verminderung der oftmals unnötig langen Schrankenschließzeiten durch den Einsatz zeitgemäßer Reglungstechnik anstelle der jetzigen vorsinthflutlichen Reglungstechnik. Letzteres vor allem unter der Prämisse, dass mit einer niveaungleichen Querung bei dem Bautempo, das

um Bauvorhaben "auf der grünen Wiese" geht. Da werden mit viel Engagement von Zeuthener Bürgern Lärmkonzeption, Waldleitbild, Leitbild für Zeuthen entwickelt, ein Klimamanager beschäftigt, aber bei den konkreten Bauprojekten geht letztendlich wie eh und je "Baurecht vor Baumschutz/Klimaschutz" und die Proportionen zwischen Einwohnerzuwachs und der bereits seit längerem an ihre Grenzen gelangten Infrastruktur geraten immer mehr aus dem Lot. Wir halten aus der Überzeugung heraus dagegen, dass sich dadurch die Lebensbedingungen in unserem Ort verschlechtern, weil einmal verlorene Naturräume nicht oder nur mit dem Vielfachen an Aufwand (den keiner bezahlen kann!) wieder hergestellt werden können.

Liebe Zeuthenerinnen und Zeuthener,

auch wir gehören zu den Zeuthenern, die mit wachsendem Unmut auf die neuerlichen Verzögerungen bei der längst überfälligen Fertigstellung des Personentunnels am Bahnhof reagieren, zumal es die Verantwortlichen der Deutschen Bahn es nicht einmal für nötig halten, sich wenigstens für diese neuerlichen Fehlleistungen bei uns,

den davon Betroffenen, zu entschuldigen. So vermittelt sich der Eindruck, dass sie bei sich keine Schuld an diese Dilemma suchen, in aller Seelenruhe weiter ihren Pflichten hinterher hängen und uns ins Gesicht sagen dürfen, wir sollten froh sein, dass die Baustelle überhaupt jemals fertig wird. Daher haben wir dafür gestimmt, den BM zu beauftragen, mit der Deutschen Bahn in Verhandlungen zu treten über eine wenigstens teilweise Wie-

wir seit Jahren beim Personentunnel erleben, in den nächsten Dekaden nicht a satzweise zu rechnen ist, dafür aber die DB mit der Verdichtung der Zugfolge auf unsere Kosten schon seit Jahren entsprechende Gewinne einfährt!

Genauso wie an dieser Rücksichtslosigkeit des DB-Konzerns stoßen wir uns auch an der Bedenkenlosigkeit im Umgang mit dem Naturraum unserer Gemeinde, wenn es

Wie immer können Sie sich mit Fragen und Anregungen jederzeit an uns wenden.

Sonja Pansegrau, Martina Vietze, Philipp Martens

Text: **BO-Zeuthen**

Bild: **Philipp Martens**

Fraktion DIE LINKE in Zeuthen:

Philipp Martens (martens@gv-zeuthen.de - 0173 73 96 555)

Vorsitzender der Gemeindevertretung, Hauptausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen, kommunales Eigentum, Ordnung, Sicherheit, Katastrophen- und Brandschutz

Sonja Pansegrau (pansegrau@gv-zeuthen.de)

Ausschuss für Ortsentwicklung und Infra-

struktur, Umweltausschuss
Martina Vietze (vietze@se-zeutne.de)

Basisorganisation Zeuthen:

Vorstand:

Martina Vietze (vietze@se-zeuthen.de)

Philipp Martens (philipp-martens@web.de - 0173 73 96 555)

Torsten Vietze



Generalhotel am BER abreißen, DDR Erinnerung müssen weg?

Als Erstunterzeichner des offenen Briefes „Generalhotel retten“, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Schönefeld und jemand, der über 30 Jahre auf dem Schönefelder Flughafen beschäftigt gewesen ist, bewegt mich dieses Thema besonders. Ich war auch persönlich bei dem Vor-Ort-Termin am 21.6. dabei.

Leider prallen am Bundesfinanzministerium und an der BImA selbst die sachlichen Argumente von Denkmalschützer:innen, Architekt:innen, Politiker:innen und gewählten Gemeindevertreter:innen ohne Begründung ab. Als Schönefelder Bürger und langjähriger Gemeindevertreter weiß ich, es gibt aktuell keine Planung, was aus dem stillgelegten Terminal 5 und seiner Umgebung hier wird!

Aus dem Kreis der ehemaligen Kolleg:innen der INTERFLUG, wie auch von interessierten Bürger:innen kommt die Überzeugung: Na klar, hier muss ein weiteres Stück DDR-Geschichte begraben werden, um zu zeigen, wer der Sieger ist. Ich bin enttäuscht, dass das 30 Jahre nach

dem Anschluss der DDR immer noch Thema ist!

Warum stellt sich die BImA nicht der Diskussion? Warum schneller Abriss und jetzt unter Druck? Dort sollte nach alten Planungen ein neues Regierungsterminal entstehen. Das ist längst vom Tisch! Die Gemeindevertretung Schönefeld hält eine riesige Fläche zwischen Schönefeld und Selchow, direkt am Flughafenzaun, für flughafennahes Gewerbe frei. Hier wäre auch Platz für die Flugbereitschaft des Bundes. Ein Umzug aus Köln/Bonn soll ja frühestens in 10 Jahren erfolgen.

In den letzten Tagen gab es bereits Informationen zu ersten Zerstörungen im denkmalgeschützten Gebäude. Wer ist verantwortlich, warum und wer untersucht das? Passt wohl alles in ein Schema? Breiter Protest ist zu erkennen. In vielen Medien ist der geplante unsinnige Abriss des Generalhotels auf dem BER jede Woche Thema. Wir sollten nicht aufhören, auf diesen Unsinn hinzuweisen!

Text: **Wolfgang Katzer**

Bild: rrb/Thomas Bittner

Sven
Herzberger

Hilft gegen Filz und Flügel.

Am 8.10.
ist Landrats-
wahl

Mit aller Kraft zu neuer Stärke.

Krimi des Quartals - Die verschobene Schule

Kommt eine zusätzliche weiterführende Schule? Ja, aber...

Wann? Hoffentlich bald!

Wo? Das ist die große Frage!

Heiß her ging es im Bildungsausschuss des Kreises am 12.09.2023. Nachdem im Frühjahr der gemeinsame Antrag von Linken und Grünen für eine neue weiterführende Schule durch SPD und CDU/FDP/Bauern abgelehnt wurde, gab es einen erneuten Vorstoß zur Schaffung der dringend benötigten Schulplätze.

Die Verwaltung hatte einen Antrag eingebracht. Zuvor war mit der kurzfristig erstellten Machbarkeitsstudie herausgearbeitet worden, dass in Wildau auf dem Nordufer ein dreizügiges Gymnasium und an der Karl-Marx-Straße nahe der Ludwig-Witthöft-Oberschule ein weiteres Gebäude für zwei Züge errichtet werden soll.

Die WiWo als Eigentümerin der Flächen wolle die Bauten errichten und das Gymnasium an den Landkreis vermieten. Den Erweiterungsbau der Oberschule wolle die Stadt Wildau selbst durchführen, unter Mitarbeit der WiWo. Beide Ideen entlasten den Investitionshaushalt des Kreises und binden keine personellen Ressourcen.



Beachtlich war: Mehrere Bürgermeister:innen hatten sich zum Ausschuss aufgemacht und Rederecht beantragt. Sowohl Herr Hentschel (Schönefeld) als auch Frau Wiezorek (Königs Wusterhausen) sprachen sich für mehr miteinander aus, warben um gemeinsame tragfähige Lösungen vor Ort, aber eher für Gesamt- oder Oberschulplätze statt dem angedachten Gymnasium. Herr Hentschel machte deutlich, dass er als Träger der Airport-Oberschule durchaus seinen Aufgaben nachkomme, egal ob bei der Digitalisierung oder der zusätzlich geschaffenen neuen Sporthalle. Er kümmert sich um die Errichtung der interkommunalen Grundschule in Schulzendorf, um den Kindern aus Rotberg, Kiekebusch und Waltersdorf kürzere Wege zu ermöglichen. Als Schönefelder Bürgermeister hat er viele soziale und Infrastrukturprojekte durchzuführen, weil dies seinen Pflichtaufgaben entspreche. Gleichzeitig habe er gerade 70 Mio. € an Kreisumlage überwiesen. Da erwarte er auch, dass der Landkreis seiner überregionalen Rolle gerecht werde und Pflichtaufgaben selbst erfülle. Herr Jennoch (Eichwalde) unterstützte seine Vorredner im Hinblick auf die Standortfrage bzgl. des extremen Bevölkerungszuwachs in Schönefeld und Schulzendorf, bei gleichzeitigem Blick auf Gesamt- oder Oberschule. Herr Nehrlich (Wildau) warb für sein Projekt, auch im Hinblick auf den Bildungsstandort Wildau, der sich gerade den Beinamen „Hochschulstadt“ geben möchte. Herr Langner (Heidensee) warb darum, heute schon einen Beschluss zu fassen für Wildau, die anderen könne man dann später klären. Er plädierte dafür, den Kreishaushalt mit dem WiWo-

Angebot zu entlasten. Allerdings ist dies nicht verifizierbar.

Die Machbarkeitsstudie arbeitet Wildau als besten Standort heraus, vor allem, weil der Kreishaushalt im Falle der Errichtung/Finanzierung durch die WiWo entlastet würde. Eigentlich ist der Kreis aber laut Schulgesetz zuständig. Die Finanzierung dieser Pflichtaufgabe belastet den Haushalt, muss aber einkalkuliert werden.

Warum wurde der Antrag von sieben Ausschussmitgliedern abgelehnt, während bei einer Enthaltung nur zwei zustimmten? Zum einen ging es um die LAGE:

- Das Wildauer Nordufer stand bis vor kurzem in Rede, durch die Bauwert AG mit Wohnungen bebaut zu werden. Hier ist ein Gerichtsverfahren anhängig. Auch zur Dekontaminierung wurde nichts ausgeführt, obwohl die Bauwert sich früher verpflichtet hatte, diese Kosten, deren Höhe nicht benannt wurde, zu übernehmen. Aus meiner Sicht sind damit Zeit und Kosten bis zur Errichtung nicht planbar.

- Das in Betracht gezogene Grundstück in der Wildauer Karl-Marx-Str. ist heute grüne Oase hinter den Häusern. Ob sich die SVV mit Bürgern und heutigen Kleingartennutzern schnell darauf verständigen kann, diesen Grünzug zu bebauen, ist im Hinblick auf Klimawandel und Prozesse in den umliegenden Gemeinden durchaus fraglich.

- andere Grundstücke bieten sich ebenfalls an:

1 Schulzendorf, an der Miersdorfer Str. gegenüber dem Ritterschlag. Die Gemeindevertretung hat hier einen Aufstellungsbeschluss gefasst, der die Errichtung einer Grundschule, Sporthalle und weiterführenden Schule zulässt. Während die interkommunale Grundschule mit Sporthalle Schönefeld errichtet, wäre der Landkreis für die weiterführende Schule zuständig. Das entsprechende Grundstück gehört der evangelischen Kirchengemeinde. Erste Gespräche erwogen die Möglichkeiten von Erbbau-pachtvertrag oder Errichtung durch die Kirchenschulstiftung selbst. Warum diese positiven Signale keinen entsprechenden Niederschlag in der Machbarkeitsstudie bekamen, blieb mir ein Rätsel.

2 Mittenwalde, Millingsweg: wurde gecancelt weil es angeblich zu klein ist. Dabei fehlen nur ca 400 qm, für ein Schulgebäude. Die nicht unterzubringende Sporthalle bräuchte man womöglich nicht neu errichten, da man ggf die 8 min Fussweg entfernte Mehrzweckhalle gemeinsam nutzen könnte.

3 Bestensee: hat zwei Grundstücke benannt und obwohl es für die Nordkommunen nicht ideal liegt, könnte es ebenso in Betracht kommen. Die Eigentumsverhältnisse (Gemeinde) sprechen dafür, allerdings sind beide Grundstücke bewaldet. In meiner Wahrnehmung regt sich in großen Teilen unserer Bevölkerung zunehmend Widerstand gegen die Abholzung größerer Flächen. Das könnte zu Verzögerungen führen. Ob Baurecht umgesetzt werden kann, ist nicht sicher geklärt, zumal sich eines im sogenannten Außen-gelände befindet.

4 Diverse Flächen in Schönefeld sollten

nicht einfach verworfen werden. Alle Grundstücke sind geeignet, teils mit Nutzung der nachbarlichen Sporthalle sogar preiswerter. Auch das seit Januar vorliegende Mietangebot für ein leer stehendes, fertig errichtetes Bürogebäude wurde nicht zu Ende beleuchtet, da die Außenfläche fehlt. Dahinter liegt aber ein angrenzendes leeres Gelände...

Soweit zur Lage. Besonders strittig war die Schulform.

Entscheidend für die Ablehnung war, glaube ich, die Errichtung eines weiteren dreizügigen Gymnasiums in Wildau. Der Landkreis baut gerade ein fünfzügiges Gymnasium in Schönefeld, welches voraussichtlich gemeinsam mit dem heutigen dreizügigen Gymnasium bis 2035 weiter betrieben werden soll.



Fast alle Ausschussmitglieder schlossen sich meiner Argumentation an, dass es keine weiteren Studienanwärter:innen braucht, sondern gut ausgebildete Schüler:innen, die eine Berufsausbildung machen, um dem Fachkräftemangel insbesondere im Handwerk entgegenzutreten. Die Handwerkskammer Cottbus plant gerade ein neues Ausbildungszentrum in Königs Wusterhausen. Es wäre daher sinnvoller, eine weitere Oberschule oder, noch besser, Gesamtschule zu errichten. Warum präferiere ich eine Gesamtschule? An einer Gesamtschule können die Kinder gemeinsam lernen und Hauptschulabschluss, Mittlere Reife oder auch das Abitur ablegen. Je nachdem, welche Entwicklung das Kind nimmt.

Wie man sieht, ist die Abwägung nicht leicht. Der Bildungsausschuss hat den Antrag nicht empfohlen. Eine weitere Entscheidung stünde im Finanzausschuss und Kreistag an. Die Verwaltung muss nun mit den Bürgermeister:innen sprechen, nach gemeinsamen Lösungen suchen. Vielleicht gibt es diese bereits bei Erscheinen dieses Artikels... Schade fand ich, dass die zuständige Beigeordnete Frau Rieckhof urlaubsbedingt fehlte. Ihr Vertreter Herr Wichary äußerte sich zum ganzen Thema inhaltlich nicht. Frau Starke, Leiterin des Amtes für Schulverwaltung, stand allen Bürgermeister:innen und Ausschussmitgliedern Rede und Antwort. Aber so manche Frage blieb leider unbeantwortet.

Text: **Claudia Mollenschott**

Der aufhaltsame Aufstieg der AfD

Nun ist es so weit: Was lange befürchtet wurde, könnte Realität werden. Die AfD eint laut aktuellen Hochrechnungen (Stand: 30.08.2023) bundesweit rund 21 % der Stimmen auf sich. Ist diese Prognose nicht schon schlimm genug, sieht es auf Landesebene sogar noch verheerender aus. So stehen die Braunen im blauen Gewand laut Hochrechnungen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg bei ca. 30 %. Dieser Trend ist jedoch kein rein ostdeutscher, denn ebenso steigt die AfD in der Wähler:innengunst im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Hessen und in Bayern, wo sich bisweilen bis zu 25 % der Befragten für sie aussprechen. Diese dramatische Entwicklung kommt jedoch nicht von ungefähr und hat vor allem in den letzten Jahren das Unvermögen der demokratischen Parteien in unserem Land aufgezeigt, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. So sind die genauen Gründe jedoch mannigfaltig und reichen von einer schwachen, zerstrittenen Linken über eine sich den Neu-Nationalist:innen anbietende CDU bis hin zu einer unfähigen SPD/Grünen/FDP-Koalition, die diese Entwicklung durch wegducken fördert.

Berauscht hiervon, schickt sich die AfD an, nun auch die EU auf links zu drehen. Mal möchte man die Europäische Union in eine Festung verwandeln und dann wieder besser gleich ganz abschaffen. Mal den Euro gegen die D-Mark tauschen, anschließend dann doch den Binnenmarkt gegen äußere Einflüsse abschotten. Die AfD scheint dabei uneins. Denn trotz ihres Auftretens und vermeintlichen Erfolgs war und ist die AfD seit jeher eine zutiefst gespaltene und zerstrittene Partei.

Viel Zeit ist vergangen, seit die vermeintliche Alternative für Deutschland vom Hamburger VWL-Professor Bernd Lucke 2013 gegründet wurde. War die AfD in dieser Zeit noch eine rechtskonservative, aber in erster Linie marktwirtschaftlich-liberale Partei, sollte sich das spätestens 2015 ändern, als sich die erste Spaltung der Partei vollzog. Lucke unterlag damals Frauke Petry bei der Wahl um den Parteivorsitz. Dies führte im Zusammenhang mit der verhee-

renden Flüchtlingssituation im selben Jahr zu einem narrativen Richtungswechsel der AfD. Stand vorher die Kritik am Euro und der EU im Fokus, so ging es von jetzt an um die Hetze gegen Migrant:innen. Mit dieser programmatischen Neuausrichtung konnte die Partei damals nicht nur die Spaltung unbeschadet überstehen, sondern sogar bei der Bundestagswahl 2017 erstmals als drittstärkste Kraft ins Parlament einziehen.

Doch wachsender Erfolg weckte weitere Begierlichkeiten innerhalb der Partei. So war Frauke Petry vielen Kamerad:innen nicht mehr rechts genug und es kam zu einer erneuten Spaltung. Diese neue Spitze der Partei, bestehend aus Jörg Meuthen und Alexander Gauland, vollzog einen weiteren Paradigmenwechsel. Die unter Petry rechtsnational gerichtete Partei entwickelte sich fortlaufend zu einer nationalistischen und rechtsextremen AfD.

Ein letzter Bruch vollzog sich dann schlussendlich 2020, als der erstarkte Bernd Höcke seinen Einfluss nutzte, um den eher gemäßigten Meuthen zu entfernen. Ab diesem Zeitpunkt wurde diese Partei von Menschen dominiert, die als rechtsextrem bezeichnet werden können. Die Hardliner rund um Höcke bestimmten fortan den Kurs der Partei. So auch auf dem Parteitag kürzlich in Magdeburg. Mithilfe der starken Kräfte um Höcke konnte sich der 46-jährige sächsische Europaabgeordnete Maximilian Kraus als Spitzenkandidat für den Europawahlkampf 2024 durchsetzen. Um zu verstehen, wer dieser Kraus eigentlich ist, muss man sich nur seinen Auftritt in den sozialen Medien anschauen. Da sagt er Folgendes: „Jeder 3. junge Mann hatte noch nie eine Freundin. Du gehörst dazu? Schau keine Pornos! Wähl nicht die Grünen! Geh raus an die frische Luft! Steh zu dir! Sei selbstbewusst und vor allem lass dir nicht einreden, das du lieb, soft, schwach und links zu sein hast. Echte Männer sind rechts, echte Männer haben Ideale, echte Männer sind Patrioten. Dann klappts auch mit der Freundin.“

Ist dieser skurrile Auftritt der neuen schillernden Figur der AfD auch kein Einzelfall, so lässt er jedoch tief blicken. Ein zutiefst verachtendes Menschenbild gegen alles, was links, inklusiv, modern oder weltoffen ist, quillt aus jeder Pore des Herrn Kraus. Anderes kann man sicher auch

nicht von jemandem erwarten, der von einem Mann protegert wird, der als Faschist bezeichnet werden darf.

Bernd Höcke, der Mann, der die Partei in neue Bahnen lenken will: Von einer rechtsextremistischen Partei hin zu eine national-faschistischen, extrem rassistischen AfD. Was dann aus Deutschland wird, hat Höcke auch schon in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“, das Mitte 2018 erschien, beschrieben. Dort erklärt er die Notwendigkeit einer Säuberung Deutschlands, um „kulturfremde“ Einflüsse zu entfernen. Diese „wohltemperierte Grausamkeit“, die zusammen mit einem „Remigrationsprojekt“ durchzuführen ist, wird nach Ansicht des kleinen braunen Führers aus Thüringen nicht ohne Gewalt möglich sein.

Allen apokalyptischen Plänen Bernd Höckes zum Trotz bleibt eine kommende Europawahl, bei dem linke Kräfte alles daran setzen sollten, den Paladin Höckes, Maximilian Kraus, zu verhindern. Dabei sind Ähnlichkeiten mit existierenden Namensvettern aus meiner Kindheit natürlich rein zufällig. Oder?



Text: Patrick Scharkowski

Bild: Maximilian Kraus auf dem Europaparteitag der AfD (Quelle: Tagesschau) / Kraus aus der Kinderserie Alfred J. Kwak (Quelle: persönliches Archiv)

**Bundestagsfraktion
DIE LINKE
vor Ort**

Luckau
05.10.23
9 Uhr bis 14 Uhr
am Marktplatz

Großziethen
07.10.23
10 Uhr bis 14 Uhr
am Dorfbanger

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Machen in den letzten Monaten vor allem Gerüchte um eine mögliche Spaltung der Linken die Runde, sieht es in unserem Landkreis anders aus: Seit der Mitte diesen Jahres hat sich eine neue und starke Linksjugend gegründet. Die Mitgliederzahl stieg dabei innerhalb kürzester Zeit auf über 40 Personen. Diese doch ermutigende Entwicklung ist vor allem durch junge Menschen möglich, die mit Hoffnung und Enthusiasmus an den Aufbau einer echten linken Jugendorganisation gehen. Um einen kleinen Einblick zu geben, wie diese jungen Menschen ticken, die sich dieser Aufgabe widmen, sind wir mit einer Person etwas näher ins Gespräch gekommen. Da jedoch vor allem diese Generation mit gewalttätig-nationalen Kräften konfrontiert ist, haben wir das nun folgende Interview anonymisiert. Damit soll ein gewisser Schutz gewährleistet werden, der einen Kampf gegen undemokratische Kräfte erst möglich macht. Infolgedessen wird die interviewte Person als „Solid“ beschrieben.

Linksblick: Hallo. Würdest Du kurz ein wenig über Dich erzählen?

Solid: Hallo, ich bin seit kurzem Solid-Mitglied in Königs Wusterhausen. Ich bin 20 Jahre alt und wohne in Zeuthen. Mein persönlicher Schwerpunkt ist Antifaschismus: Dadurch fühle ich mich vor allem der Antifa sehr verbunden. Thematisch ist mir aber ebenso Klimaschutz sehr wichtig und etwas gegen Homophobie zu unternehmen.

Linksblick: Wie bist Du zur Solid gekommen?

Solid: Vor allem durch meine Freundesgruppe. Die ist generell eher links angehaucht und dadurch habe ich durch Mundpropaganda ein bereits zugehöriges Solid-Mitglied kennengelernt und von der Linksjugend in KW erfahren. Als ich das hörte, war ich sofort interessiert und bin einfach mal hingegangen, um mir die Gruppe anzuschauen. Was ich gesehen habe, hatte mich sofort begeistert, weswegen ich anschließend auch der Solid ganz offiziell beigetreten bin.

Linksblick: Was war Dein erster Eindruck?

Solid: Wow, man ist nicht allein. Momentan ist es ja so, dass man sehr oft sich die Frage stellt, ob man der Einzige ist, der gegen den Faschismus kämpft. Da ist die Solid eben sehr hilfreich. Da man recht schnell sieht, wenn man sich

organisiert, dass man gar nicht alleine ist. Man kämpft nicht mehr allein, man ist füreinander da, auch über den antifaschistischen Kampf hinaus. So dass es praktisch wie eine kleine Familie wird, in der man sich sicher fühlt und auch über alles Mögliche reden kann. Dieses Gefühl hat mich nach meinem ersten Besuch beeindruckt und davon überzeugt weiterzumachen.

Linksblick: Ich höre raus, dass Dir vor allem der Sicherheitsaspekt, den man durch so eine Gruppe bekommt, sehr wichtig ist: Stimmt das?

Solid: Ja, auf jeden Fall. Wenn man heutzutage gegen den Faschismus kämpft, gerät man sehr schnell in gefährliche Situationen, da die Gewaltbereitschaft von rechter Seite extrem zugenommen hat. In solchen Fällen ist es besonders wichtig zu wissen, dass es Menschen gibt, die einen unterstützen und sich gegenseitig Sicherheit geben können. Und erst wenn man das hat, ist es auch möglich, gut gegen Faschismus vorzugehen. Ich glaube auch, dass dieser Rückhalt vor allem jüngeren Menschen sehr wichtig ist. Davon gibt es in der aktuellen Solid in KW auch recht viele. Diese bringen auch eigene Erfahrungen mit, weswegen die Linksjugend da sehr wichtig sein kann.

Linksblick: Du hast ja jetzt mehrfach angedeutet, dass man heutzutage mit rechter Gewalt sehr einfach konfrontiert werden kann: Hast Du da bereits eigene Erfahrungen machen müssen?

Solid: Also ich direkt zum Glück nicht. Allerdings war ich schon auf Demos, wo man das in seiner unmittelbaren Umgebung schon sehen konnte. Ich habe auch Freunde, die von solcher Gewalt betroffen waren, mir ist da aber bisher noch nichts passiert. Was wohl daran liegt, dass ich mich bisher immer sehr bedeckt gehalten habe mit meiner Meinung.

Linksblick: Antifaschismus hast Du schon als ein wichtiges Thema für Dich genannt: Gibt es weitere Gebiete, die Du womöglich in die Solid einbringen möchtest?

Solid: Ich finde, dass der politische Schwerpunkt klar Antifaschismus sein sollte. In Diskussionen werden aber auch andere Themen angesprochen. Über Antikapitalismus und die Systemfrage wird sicherlich auch gesprochen. Dennoch glaube ich, dass der Faschismus gerade die größte Gefahr ist und deswegen auch im Fokus unserer Überlegungen steht.

Linksblick: Die Solidgruppe in KW ist ja noch recht neu: Wie sind Deine Erwartungen an die Solid-Gruppe? Wie müsste sich die Gruppe entwickeln?

Solid: Am jetzigen Punkt ist es wichtig, dass man in eine aktivere Rolle übergeht und eine gewisse

Öffentlichkeit schafft. Das haben wir ja auch schon zum Beispiel mit dem Aufhängen von Transparenten gemacht. Auch das Stören von undemokratisch-rechten Demos, sowie das Organisieren von eigenen Demonstrationen und Netzwerken ist in dieser Phase sehr wichtig. Dabei gehen wir offen auf andere Solid-Gruppen zu und kontaktieren weitere linke Kräfte.

Mir persönlich ist wichtig, dass wir jetzt in die Aktionen gehen. Es bringt nichts, wenn wir uns einmal in der Woche treffen und theoretisieren. Wir wollen aktiv etwas verändern, dafür haben wir uns zusammengefunden. Da haben wir unser Potenzial noch nicht erreicht, aber wir sind auf einem guten Weg. Im Grunde ist in den drei Monaten, die ich jetzt dabei bin, aber schon viel passiert.

Linksblick: 3 Monate, sagst Du, bist Du jetzt schon mit dabei: Wie hat sich die Solidgruppe in dieser Zeit entwickelt?

Solid: Also wir sind auf jeden Fall echt Viele geworden. Da muss man die Leute auch wirklich loben. Zu Beginn waren wir nur 5 Leute und mittlerweile sind wir in unseren Gruppen über 40 Mitglieder und bei Sitzungen gerne mal um die 20 Personen. Das Schöne daran ist, dass sie sich auch organisieren und nicht weiter wegschauen wollen. Sie möchten aktiv werden. Dieser mitgebrachte Schwung ist die Entwicklung momentan und den versuchen wir gut zu nutzen.

Linksblick: Das ist wirklich eine ermutigende Entwicklung: Wie schätzt Du die politische Situation gerade ein?

Solid: Also eine dramatische Entwicklung ist, dass die AfD gerade einen großen Zudrang erfährt. Das führt wiederum dazu, dass die Rechten mutiger werden. Die haben das Gefühl, dass man ihnen allgemein zustimmt und fühlen sich im Recht. Das ist wirklich eine traurige Situation. Jeden Tag sehe ich Personen mit rechten Parolen auf ihrer Kleidung oder auf Tattoos. Die rechte Meinung wird nicht mehr versteckt, sondern ganz offen vor sich hergetragen. Das lässt halt echt tief blicken und gibt einem das Gefühl, das man als Linker auf der Straße gar nicht mehr sicher ist. Vor allem wenn man linke Symbole oder Zeichen offen trägt, hat man schon Angst, bedroht, angepöbelt oder sogar angegriffen zu werden. Zusätzlich verschlimmert sich das Klima dadurch auch für Migrant*innen, Homosexuelle oder Transpersonen. In so einer Umgebung haben diese Personengruppen verständlicherweise Angst.

Linksblick: Eine Beobachtung, die wir nur teilen können und die sicherlich berechtigte Sorgen in uns allen auslöst. Nun ist ja die Solid bzw. die Linksjugend eine Gruppe, die der Partei DIE LINKE beson-

ders nahe steht: Wie nimmst Du die Unterstützung durch die Partei wahr und könntest Du Dir vorstellen, der Partei beizutreten?

Solid: Bis jetzt hatten wir noch nicht so viel mit der Partei zu tun, da es uns ja auch noch nicht so lange gibt. Es ist jedoch geplant, dass Vertreter der Solid zukünftig an den Treffen des Kreisvorstands teilnehmen werden. Daraus erhoffe ich mir eine gute Zusammenarbeit. Für die bereitgestellten Räume etc... sind wir jedoch schon jetzt dankbar.

Mich der Partei als Mitglied anzuschließen ist für mich jedoch derzeit noch kein Thema. Im Augenblick glaube ich, dass es mir nicht viel bringen würde. Wir besprechen in der Linksjugend sehr spezifische Themen und sind sehr auf Antifaschismus fokussiert. Als Mitglied einer Partei müsste man sich auch mit anderen Themen auseinandersetzen, wofür ich derzeit keine Zeit hätte. Außerdem bin ich davon überzeugt, dass der Kampf gegen den Faschismus auch nicht mit parlamentarischen Mitteln gewonnen werden kann. Man kann mit diesen Leuten nicht diskutieren. Viele politische Debatten bringen leider nur wenig und die politischen Akteure sind trotzdem stark von sich eingenommen. Das löst das Problem leider nicht. Deswegen ist für mich persönlich ein Beitritt noch kein Thema. Womit ich nicht sagen möchte, dass sich das zukünftig nicht noch ändern könnte.

Linksblick: Als letzte Frage: Wie muss es jetzt weitergehen mit der Solid?

Solid: Wir wollen zukünftig schauen, wo wir Bündnisse gegen Rechts unterstützen können. Dazu wird es nötig sein, einen Mittelweg zwischen Öffentlichkeit und Selbstschutz zu finden. Das müssen wir austarieren. Es sollte uns jedoch nicht davon abhalten, uns einzubringen und unterstützende Hilfe zu leisten, wo wir es können. Auch das aufmerksam machen auf historische und gegenwärtige Ereignisse ist uns ein besonderes Anliegen und werden wir in Zukunft noch weiter vorantreiben.

Linksblick: Das klingt nach einer Menge Aufgaben. Wir wünschen viel Erfolg dabei und bedanken uns für das Gespräch.

Transkription:

Patrick Scharkowski

Kommentar zum Weltfriedenstag

Wir alle erinnern am 01. September an den Beginn des zweiten Weltkrieges. Es gab auch schon vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges viele Bestrebungen an die Greuel von Krieg und Tod zu erinnern und damit möglichst die Menschheit vor Wiederholungen zu bewahren. Der Aufruf „Nie wieder Krieg“ und die berühmte Kreide- und Pinsel-lithografie von Käthe Kollwitz entstanden bereits nach dem Ersten Weltkrieg.

Am 01.09.1939 überfiel das faschistische Deutschland Polen und begann den Zweiten Weltkrieg: Einen Krieg, der von unserem Boden ausging und der alles bereits Dagewesene in grauenhafter Weise übertraf. Ca. 65 Millionen Tote, ein Mehrfaches an körperlich Verehrten und ein Vielfaches an seelisch Verehrten hatte dieses Verbrechen zur Folge. Wir gedenken der Millionen Opfer des deutschen Faschismus an diesem Tag.

In der DDR bereits ab 1946 und in der BRD erst ab 1957 wurde am 01.09. jährlich daran erinnert, dass sich der Schrecken des Krieges niemals wiederholen darf. Doch wie ging es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges weiter?

1946 - 1954 Französischer Indochinakrieg

1947 - 1949 Palästinakrieg

1950 - 1953 Koreakrieg

1955 - 1975 Vietnamkrieg

1961 Schweinebucht-Invasion

1965 Zweiter Indisch-Pakistanischer Krieg

1973 Jom-Kippur-Krieg

1980 - 1988 Erster Golfkrieg

1989 US-Invasion in Panama

1990 - 1991 Zweiter Golfkrieg

1991 - 2001 Jugoslawienkriege

1998 - 2003 Zweiter Kongokrieg

2001 - 2021 Krieg in Afghanistan

2003 - 2011 Irakkrieg

2014 - 20xx Krieg in der Ukraine

Die Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig und soll nur verdeutlichen, wie sich die Losung „Nie wieder Krieg“ nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt hat. Gar nicht.

Nach Schätzungen wurden in den Kriegen nach dem Zweiten Weltkrieg genauso viele Menschen getötet wie im gesamten Zweiten Weltkrieg. Das ist ein Armutszeugnis für die Menschheit.

In Deutschland herrschte bis 1999 Frieden im Kalten Krieg bzw. von hier ging kein Krieg aus. Warum? Weil Deutschland die Frontlinie eines Krieges gewesen wäre. Nachdem die potenzielle Front nicht mehr unmittelbar durch Deutschland verlaufen wäre, also nach 1990, sondern Kriege nur noch Auslandseinsätze werden konnten, fiel auch in Deutschland – und das unter Führung von Sozialdemokraten und Grünen – die letzte Zurück-

haltung mit der Beteiligung am völkerrechtswidrigen Kosovokrieg. Deutsche Bomben fielen wieder auf Belgrad. Es gab damals keine gesellschaftliche Bewegung, die das verhindern konnte UND – das möchte ich vorwegnehmen – es gibt sie bis heute nicht. Seit diesem Tabubruch ist Deutschland munter dabei, seine Soldaten in alle möglichen Kriege zu schicken, aktiv zu kämpfen, zu töten, zu verletzen und zu versehren. Frei unter dem Motto „ICH DIENE DEUTSCHLAND“ macht sich die Bundeswehr auf, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein und junges Blut für zukünftige Kriege – neudeutsch „Konflikte“ – zu akquirieren. Würde sich die Regierung und die Bundeswehr ehrlich machen, würde auf den Werbebannern nicht stehen „ICH DIENE DEUTSCHLAND“, sondern, „ICH DIENE DEN INTERESSEN DER DAX-KONZERNE“. Die Militarisierung der Gesellschaft wird vorangetrieben und hat heute ihren bisherigen Höhepunkt erreicht.

Machen wir uns alle nichts vor: Der Vorsatz der Alliierten, Deutschland zu entmilitarisieren, wurde im Kampf der Systeme alsbald ad acta gelegt. Sowohl die BRD als auch die DDR waren hoch militariserte Staaten. Und die Militarisierung reichte bis tief in die Bevölkerung hinein. Die Militarisierung war in der Historie Deutschlands bisher immer ein sicherer Garant für Verderben. Eine Entmilitarisierung, und damit meine ich besonders der Köpfe der Menschen, fand nicht statt.

1990 wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, mit dieser bitteren Erblast aufzuräumen und nach dem Ende des Kalten Krieges eine Zeit des dauerhaften Friedens zu schaffen. Diese historische Chance wurde nicht genutzt. Dazu könnte ich noch stundenlang reden. Wo stehen wir heute

Seit dem Beginn des militärischen Angriffs der Russischen Föderation auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde in der deutschen Politik eine sogenannte „Zeitenwende“ eingeleitet. Mittlerweile wurden tonnenweise Munition, Panzerhaubitzen, Mehrfachraketenwerfer, Gepard-Panzer, Kampfpanzer, Iris-Flugabwehrraketen, mobile Panzer- und Flugabwehrwaffen und weiteres Kriegsgerät im Wert von mehreren Milliarden Euro an die Ukraine geliefert. Von dem bis zum Überfall auf die Ukraine zumindest formal geltenden Grundsatz „Keine Waffen in Krisengebiete“ hat sich Deutschland als viertgrößter Waffenexporteur der Welt vollends verabschiedet.

Ein nachvollziehbares, politisch rationales Ziel der Waffenlieferungen ist nicht erkennbar. Vielmehr findet die jetzige Politik ihre Grundlage in dem Fahrwasser einer allgemein emotionalen Aufwallung. Deren Ursache ist teilweise die Angst vor einer eigenen Betroffenheit durch Kriegshandlungen und teilweise die Genugtuung darüber, nun end-

lich das „wahre Gesicht des Russen“ zu sehen und gegen ihn und andere außerhalb des eigenen westlichen Blocks aufrüsten zu dürfen. So verkündete der Hauptmann der Reserve und Bundesfinanzminister Herr Lindner bereits am 28.02.2022 in der ARD, dass die Bundeswehr eine der „schlagkräftigsten Armeen Europas“ werden solle, weil dies der „Bedeutung Deutschlands“ entspräche. Der Obergefreite und Oppositionsführer Friedrich Merz sagte am 27.02.2022 im Bundestag: „Genug ist genug! Das Spiel ist aus!“ Welches Spiel? Wohl der kalte Kampf zwischen den Blöcken der NATO und Russlands. Herr Merz forderte damit den Übergang in die heiße Phase des Konflikts.

Nach Einschätzung von Militärexperten gilt es als ausgeschlossen, dass die Ukraine die Oblaste Donezk, Luhansk, Cherson, Saporischschja und die Krim zurückerobert wird. Das ist der Ukraine seit dem Jahr 2014 für die abgespaltenen Gebiete im Donbass und der Krim schon nicht gelungen. Der Krieg ist für keine der beiden Seiten militärisch zu gewinnen. Es gibt in der Geschichte keinen Krieg, der nicht durch eine Kapitulation oder einen Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen beendet wurde. Da keine der beiden Konfliktparteien kapitulieren wird, ist ein sofortiger Waffenstillstand mit anschließenden Friedensverhandlungen die einzige Lösung. Waffenlieferungen zögern dies nur hinaus: Auf Kosten der Soldaten auf beiden Seiten und der ukrainischen Bevölkerung.

Wenn allseits davon geredet wird, dass die Ukraine ein Recht auf Selbstverteidigung hat, dann ist dies keine politische Einschätzung, sondern eine Selbstverständlichkeit. Jeder hat dieses Recht. Es bedarf dafür keines Zuspruches. Die Frage ist bereits völlig falsch und vermischt das Recht und die Möglichkeit auf Selbstverteidigung. Eine andere Frage ist nämlich, ob der Angegriffene die Möglichkeiten hat, sich zu verteidigen und so sein Recht praktisch umzusetzen. Die Ukraine kann ihre formulierten Kriegsziele nicht erreichen, auch nicht mit westlichen Waffen. Es ist immer daran zu erinnern, dass eine generalmobilgemachte Ukraine einer noch nicht generalmobilgemachten Atommacht gegenübersteht. Im Übrigen hatten auch Jugoslawien, der Irak und Libyen – um nur wenige zu nennen - ein Recht auf Selbstverteidigung gegen die völkerrechtswidrigen Angriffe, nur nicht die Möglichkeit. Warum? Weil uns, und damit meine ich die Bundesrepublik Deutschland, dieses Recht nur hier und da wichtig ist. Es klingt zynisch, ist aber ein Fakt. Sowohl diese Staaten bzw. ehemaligen Staaten als auch die Ukraine eint, dass sie zum Opferlamm der geostrategischen Denkspiele und Operationen von wirtschaftlich-militärischen Machblöcken wurden und werden. Die-

ses System gilt es zu durchbrechen. Mehr Waffen befeuern dieses System nur.

Auch das Argument, dass Putin nicht nachgegeben werden könne, weil das ein Signal sei, dass sich Krieg lohnen würde, verfängt nicht. Die Doppelmoral dahinter ist, dass der Krieg ein völlig legitimes Mittel der Politik der westlichen Staaten ist und ein einträgliches Geschäft. Ein moralisches und wer-tebasiertes Fundament sucht man hinter diesem Argument vergeblich. Auch das sei gesagt: Jeder Vergleich zwischen der „Zurückhaltung“ der NATO und der Appeasement-Politik gegenüber Hitler ist der verzweifelte Versuch, einem Krieg gegen Russland den Heiligenschein einer Anti-(Hitler)-Putin Koalition zu geben, der zwangsläufig in einer Verniedlichung der Verbrechen der Nazis mündet.

Friedensverhandlungen müssen zu einem akzeptablen Ergebnis für alle Seiten führen. Das liegt in der Natur eines wirklichen Friedens. Mit am Tisch werden die EU, die NATO und die USA sitzen. Die Ukraine war und ist ein Spielball der beiden Machtblöcke, genauso wie beispielsweise Jugoslawien, der Irak und Libyen ein Spielball waren. Der Obergefreite Herr Merz sieht es als Spiel an, dieses Kräftemessen der Blöcke. Auch für Putin, Medwedew, Biden, Trump, Obama und Bush (Junior wie Senior) zählen keine Menschenleben. Das menschenverachtende „Spiel“ der Blöcke muss beendet werden. Wir müssen aus dem laufenden Stellvertreterkrieg aussteigen. Eine Zeitenwende hin zu einer wirklichen Friedensordnung in Europa und in der Welt und damit Abschaffung der NATO, eine Zeitenwende hin zu Abrüstung und zu kollektiven Sicherheitssystemen unter Einschluss möglichst aller Staaten ist das langfristig anzustrebende Ziel. Wir müssen den Militarismus in unserem Land und in der Welt abstellen, endlich und endgültig. Das sind wir den Opfern des Faschismus auf ewig schuldig, liebe Genossinnen und Genossen.



Hinter mir auf dem Gedenkstein steht: „Den Toten zur Ehre – den Lebenden zur Pflicht.“

Das ist unsere Pflicht!
Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!

Text: Philipp Martens

Politische Propaganda in Videospiele: Die Macht der virtuellen Botschaft

Die Welt der Videospiele ist in den letzten Jahren zu einem mächtigen Medium geworden, das weit über reine Unterhaltung hinausgeht. Es bietet eine einzigartige Plattform, um Botschaften und Ideologien zu verbreiten, sei es durch subtile Narration oder offensichtliche politische Agenden. In diesem Artikel werfen wir einen Blick auf die Präsenz von politischer Propaganda in Videospiele und die Fragen, die sie aufwirft.

Videospiele als Spiegel der Gesellschaft:

Videospiele sind eine Reflexion unserer Welt und ihrer Konflikte, Ideologien und politischen Standpunkte. Ein herausragendes Beispiel ist das Spiel "Metal Gear Solid" von Hideo Kojima, das eine komplexe Erzählung über Nuklearwaffen und die Auswirkungen des Kalten Krieges bietet. Die Geschichte des Spiels erzählt von den schrecklichen Folgen der atomaren Bedrohung und regt zum Nachdenken über Abrüstung und Frieden

an.

Subtile Botschaften

Neben offensichtlichen politischen Themen gibt es auch subtilere Formen der politischen Propaganda in Spielen. Ein Beispiel hierfür ist das beliebte Spiel "Bioshock Infinite" von Irrational Games. Obwohl das Spiel in einer fiktiven Stadt in den Wolken stattfindet, berührt es dennoch Themen wie Rassismus, religiösen Fanatismus und soziale Ungerechtigkeit. Diese subtilen Botschaften bieten den Spielern die Möglichkeit, über die Parallelen zur realen Welt nachzudenken.

Die Verantwortung der Entwickler

Die Videospieldentwickler tragen eine große Verantwortung, wenn es darum geht, politische Propaganda in ihren Spielen zu verwenden. Ein kontroverses Beispiel ist "Call of Duty: Modern Warfare", das Szenarien von modernen Kriegen und Terrorismus darstellt. Einige Kritiker behaupten, dass das Spiel zu

einer Verherrlichung von Krieg und Gewalt beiträgt, während andere argumentieren, dass es die Schrecken des Krieges auf realistische Weise darstellt. Die Art und Weise, wie politische Botschaften in Spielen präsentiert werden, kann erhebliche Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Meinungsbildung der Spieler haben.

Die Macht des Spielers

Spieler haben die Fähigkeit, politische Propaganda in Videospiele zu erkennen und zu hinterfragen. Ein bemerkenswertes Beispiel ist das Spiel "Papers, Please" von Lucas Pope, das die moralischen Dilemmata eines Grenzkontrolleurs in einer dystopischen Welt erforscht. Spieler müssen schwierige Entscheidungen treffen, die ihr Gewissen und ihre ethischen Überzeugungen herausfordern. Dieses Spiel fordert die Spieler auf, über die Auswirkungen von politischen Entscheidungen nachzudenken und wie sie das Leben der Menschen beeinflussen.

Die Zukunft von politischer Propaganda in Videospiele

Mit der Weiterentwicklung der Videospieletechnologie wird die Präsenz von politischer Propaganda in Spielen wahrscheinlich zunehmen. Es ist daher von großer Bedeutung, dass Spieler, Entwickler und die Spieleindustrie insgesamt sich der Verantwortung bewusst sind, politische Botschaften ausgewogen und verantwortungsbewusst zu behandeln.

In einer Welt, in der die Grenzen zwischen Realität und Virtualität immer mehr verschwimmen, sollten wir die Kraft der politischen Propaganda in Videospiele nicht unterschätzen. Es liegt an uns allen, diese Botschaften zu hinterfragen und sicherzustellen, dass sie in einer Weise präsentiert werden, die zur Bildung und kritischen Reflexion beiträgt, anstatt Spaltung und Vorurteile zu fördern.

Text: Kim Ingalls*



Der Beste für den Job.

Am 8.10.
ist Landratswahl ☒

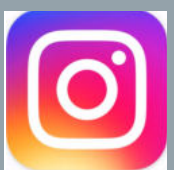
Sven
Herzberger

Mit aller Kraft zu neuer Stärke.

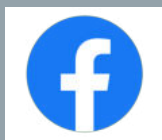
Folgt uns auf Twitter



Folgt uns auf Instagram



Folgt uns auf Facebook



Termine

05.10	18:30	BO-Beratung	Kreisgeschäftstelle Erich Kästner Straße 12, KW
05.10	09:00	Fraktionsmobil der LINKEN im Bundestag	Luckau, Marktplatz
07.10	10:00	Fraktionsmobil der LINKEN im Bundestag	Schönefeld/ Großziethen, Dorfanger
14.10	11:00	Zeitzeugen Führung durch Halbe mit Arnold Mooshammer	Bahnhof Halbe
26.10	18:00	Kreivorstandstreffen	Kreisgeschäftstelle Erich Kästner Straße 12, KW
02.11	18:30	BO-Beratung	Kreisgeschäftstelle Erich Kästner Straße 12, KW
10.11	17:00	Regionalkonferenz LINKE.LDS, Teltow-Fläming und Potsdam	Ludwigsfelde
25.11	10:00	Aufstellungsversammlung LINKE.LDS	Luckau, Logenstraße 1

Historischer Rundgang durch Halbe

14.10.23

11 Uhr

ZEITZEUGE:
ARNOLD MOSSHAMMER

Treffpunkt:

Bahnhof Halbe

DIE LINKE.
Kreisverband Dahme-Spreewald

Impressum

Herausgeber: Kreisverband Dahme Spreewald der Partei DIE LINKE. Zuschriften bitte an: redaktion@dielinke-lds.de. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. V.i.S.d.P.: Michael Wippold, Kreisgeschäftstelle Erich Kästner Straße 12, 15711 Königs Wusterhausen, Telefon: 03375-29 36 21 E-mail: info@dielinke-lds.de, Redaktion: Philipp Martens, Patrick Scharkowski, Lektor: Pascal Merkes, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. LDS, privat